

**Stadt Frankfurt (Oder)**  
Stadtverordnetenversammlung

**Änderungsantrag zum Haushaltsplan der Stadt Frankfurt (Oder)  
für das Jahr 2022**

Einreicher: AfD-Fraktion Frankfurt (Oder)  
Wilko Möller MdL  
Ingolf Schneider

**Streichung des Zuschusses für Miet- und Betriebskosten für den Verein  
„Utopia e. V.“, Berliner Straße 24, 15230 Frankfurt (Oder) ab 2022 in Höhe  
der voraussichtlich veranschlagten Mittel von ca. 8.000 EUR per annum**

Begründung:

Der Verein Utopia e. V. soll gemäß dem beschlossenen Jugendförderplan 2021-2024 einen Miet- und Betriebskostenzuschuss für ehrenamtliche resp. selbstverwaltete Räume erhalten – siehe Jugendförderplan 2021 bis 2024. Der Zuschuss für das Jahr 2021 beträgt 7.940 EUR. In Abhängigkeit von der Höhe der Betriebskosten wird sich der Zuschuss in den Folgejahren in ähnlicher Höhe bewegen.

Wir als AfD-Fraktion hatten bereits in Bezug auf die Aktivitäten des Vereins Utopia e. V. mit den Drucksachen 7/2457 und 7/2808 bei der Landesregierung nachgefragt. Der Verein Utopia e. V. erhält jährliche Fördermittelzuwendungen, die hauptsächlich aus Steuermitteln bestehen. Somit hat dieser Verein sein Verhalten an den Grundsätzen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung auszurichten.

Aus den Antworten der o. g. Anfragen gab die Landesregierung zu, dass der als linksextremistisch eingestufte Verein „Rote Hilfe e. V.“ die Räumlichkeiten des Vereins Utopia nutzte, um dort eine Veranstaltung mit dem fragwürdigen Titel „Die Linke und die Solidarität – Zur Entstehungsgeschichte der Roten Hilfe(n) in der BRD und der Bedeutung für uns heute“ durchzuführen.

Solange die Verantwortlichen des Vereins „Utopia e. V.“ sich nicht klar zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen und sich nicht von Organisationen wie die „Rote Hilfe e. V.“ distanzieren, sind die Zuschüsse nicht mehr durch die Stadt Frankfurt (Oder) im Haushalt einzuplanen und auszuführen.

**Wir bitten die Stadtverordneten aus diesem Grunde unserem Änderungsantrage zu zustimmen.**